

## Burkhard Lischka

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium  
Staatssekretär a.D.



## Uli Grötsch

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
im 2. Untersuchungsausschuss  
Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums

---

## Positionspapier

### Strategien gegen islambezogene Radikalisierung

---

Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich innerhalb der salafistischen Strukturen in Deutschland eine sprunghaft angestiegene Zahl insbesondere junger Menschen radikalisiert und Terrororganisationen anschließt. Diesem gefährlichen Trend wollen wir nachhaltig entgegenwirken.

Wir haben schon viele wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus auf den Weg gebracht. Bisher haben jedoch die meisten Regelungen hauptsächlich repressiven Charakter. Repression ist für uns aber nur ein Aspekt der Thematik: **Wir setzen gleichermaßen auf die vier Stellschrauben Prävention, Integration, Intervention und Repression.**

Die Gründe, aus denen sich Jugendliche und junge Erwachsene dem extremistischen Salafismus zuwenden, sind häufig ähnlich: Sie fühlen sich in der Gesellschaft nicht integriert und haben keine Zukunftsperspektiven. Das gilt nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern in gleichem Maße für deutsche Konvertiten. Sie suchen nach Anerkennung und Identität. In salafistischen Gemeinden glauben sie diese Anerkennung zu finden.

Wir wollen, dass sich diese jungen Menschen nicht abwenden, sondern sich als Teil unserer demokratischen Gesellschaft verstehen und unsere Grundwerte anerkennen.

#### 1. Aufklärung, Bildung und Teilhabe

Religiöser Fanatismus kann frühzeitig durch Sensibilisierung und Aufklärung verhindert werden. Deshalb muss besonders auf Bildung als Mittel gegen Radikalisierung ein Augenmerk gerichtet werden.

##### Die Rolle der Schulen

Bei der Vermittlung von Werten fällt den Schulen eine wichtige Rolle zu. Wir begrüßen, dass in einigen Bundesländern bereits ein stärkerer Fokus auf die Vermittlung des Islam als friedliche Religion gelegt wird. Schülerinnen und Schüler, die sich intensiv mit ihrem Glauben auseinandersetzen und sich mit Lehrern, Mitschülern und Eltern darüber austauschen, laufen weniger Gefahr, sich zu radikalieren. **Diesen Ansatz gilt es zu unterstützen und weiter zu verfolgen.**

##### Sicherer Umgang mit Informationsmaterial und Veröffentlichungen im Internet

In sozialen Netzwerken und Videoportalen verbreitet sich Propagandamaterial besonders schnell. Salafisten nutzen diesen Weg um möglichst viele junge Menschen zu erreichen. Öffentlichkeitswirksame salafistische Kampagnen wie „Lies!“ machen auf den ersten Blick einen harmlosen Eindruck und sind nicht sofort als Propaganda erkennbar. Jugendlichen fehlt häufig die Kompetenz, zwischen sachlichem Informationsmaterial und Propaganda zu unterscheiden. Diese Kompetenz müssen sie erlernen.

---

Ein wichtiger Partner ist hierbei die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Sie bietet Lehrmaterial, Seminare und Projekte an. Die erfolgte Aufstockung der Mittel für die bpb war eine wichtige Entscheidung, die umfassende dort geleistete Präventionsarbeit zu unterstützen.

**Die finanzielle Ausstattung der bpb muss daher in jedem Falle auf dem bisherigen Niveau verstetigt werden.**

### **Projektarbeit**

Eine nachhaltige Präventionsstrategie kann nur unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Projektarbeit von Organisationen, Vereinen und Verbänden vor Ort ist hierbei ein wesentlicher Bestandteil. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ um den Programmbereich „Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention“ erweitert und die Fördermittel aufgestockt worden sind. Insbesondere begrüßen wir, dass Islamismus/Salafismus explizit unter die Modellprojekte fällt. Wir stellen fest: Viele Projekte haben bereits in den ersten Monaten Interessenbekundungen eingereicht.

#### *Die Programme „Wegweiser“ und „Violence Prevention Network e.V.“ als Vorbild*

Das in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufene Programm „Wegweiser“ ist im Bereich der Prävention und der Intervention salafistischer Radikalisierung ein beispielhafter Vorreiter und hat sich als sehr wirksam erwiesen. „Wegweiser“ finanziert Betreuer vor Ort, unterstützt die Bildung von Netzwerken, die Einrichtung von Anlaufstellen und stellt Aufklärungsangebote zur Verfügung. Hilfesuchende werden von Fachleuten beraten und bekommen individuelle Hilfe angeboten.

Als weiteres Vorbildprojekt ist der Verein „Violence Prevention Network“ zu nennen. Ziel des Vereins ist es, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens werden, um so Extremismus jeder Art vorzubeugen. Der Verein bietet dazu Workshops zum Beispiel in Justizvollzugsanstalten (JVA) an und leitet und unterstützt verschiedene Projekte, die der Radikalisierungsprävention dienen.

**Programme wie „Wegweiser“ und „Violence Prevention Network“ müssen in allen Bundesländern aufgebaut und auf Bundesebene ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zu den „best practices“ stattfinden.** Wir brauchen ein starkes Netzwerk. Zu diesem Zweck soll eine **Beratungsstelle auf Bundesebene** eingerichtet werden.

Die nach dem Beispiel von „Wegweiser“ ins Leben gerufenen Länderprogramme sollen aus dem Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / Mitteln des Programms „Demokratie leben!“ unterstützt werden. Falls die derzeit vorgesehenen Mittel dafür nicht ausreichen, ist eine Aufstockung in den kommenden Haushaltsjahren zu prüfen.

### **Koordination auf Länderebene**

Wir befürworten die **Einführung von thematischen Arbeitsgruppen** in der Kultusministerkonferenz und der Justizministerkonferenz der Länder. Wir stellen fest, dass es in einer Vielzahl von

---

Bundesländern erfolgreiche Projekte gibt. Von einem **intensiven Erfahrungsaustausch** versprechen wir uns eine weitere Optimierung der Präventions- und Interventionsansätze in den Bundesländern.

## 2. Aussteigerprogramme

Für diejenigen, die bereits Kontakt zu salafistischen Organisationen hatten oder Mitglieder sind und aussteigen wollen, muss mehr Unterstützung angeboten werden. Ebenso müssen desillusionierte Rückkehrer aus Kampfgebieten wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden und brauchen professionelle Hilfestellung. Aber nicht nur die betroffenen Personen selbst, sondern auch ihre Angehörigen und Freunde brauchen eine Anlaufstelle.

Das in Nordrhein-Westfalen aufgebaute „Aussteigerprogramm Islamismus“ und die im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ eingerichteten Demokratiezentren bieten bereits heute **Disanzierungs- und Ausstiegsberatung** auch für gewaltorientierte Islamisten an. Aber auch hier gilt: Möglichst viele Akteure vor Ort müssen eingebunden und das Angebot besser vernetzt und bekannt gemacht werden.

## 3. Verfassungsschutzbehörden einbinden

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Landesämter für Verfassungsschutz müssen in die Präventionsarbeit eingebunden werden. Aufgabe der Verfassungsschutzämter soll es dabei sein, **fachliche und wissenschaftliche Expertise für die in den Bereichen Prävention und Intervention tätigen Organisationen bereitzustellen** und damit in die Präventionsarbeit einfließen zu lassen.

## 4. Prävention in Justizvollzugsanstalten

Wir wissen von den Anschlägen in Paris, dass sich die Attentäter im Gefängnis radikalisierten. Dort kamen sie mit anderen Islamisten zusammen, knüpften Kontakte und folgten der Ideologie ihrer „Vorbilder“.

Häftlinge brauchen in einer JVA genauso wie in Freiheit ein soziales Netzwerk und Vertrauenspersonen. Ein Imam kann diesen Personen Halt geben. Christliche Seelsorger gibt es bereits in Gefängnissen. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden inzwischen auch Imame als Seelsorger berufen. **Wir wollen flächendeckend Imame in JVAen hauptamtlich einbinden.**

Sie müssen besonders geschult werden und gemeinsam von den zuständigen Behörden und muslimischen Verbänden und Vereinen für diese Arbeit ausgewählt werden. Es muss sichergestellt sein, dass kein Hassprediger unter dem Deckmantel der Seelsorge in Gefängnissen tätig werden kann.

## 5. Unsere Forderungen auf einen Blick

- 
- Radikalisierungsprävention durch verstärkte Aufklärung an Schulen
  - Schulungen im Bereich der Internetpropaganda in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung und Verstetigung der Mittel für die bpb
  - Länderübergreifende Projektarbeit und Einrichtung einer Beratungsstelle auf Bundesebene
  - Unterstützung und Ausbau von Aussteigerprogrammen
  - Zusammenarbeit und Vernetzung mit Verfassungsschutzbehörden
  - Einbindung von Imamen in die Seelsorgearbeit der JVAen

### **Unser Anliegen: Im Dialog für Prävention und Intervention**

**Wir sehen den Islam als friedliche Religion, die Teil unseres Landes und unserer Gesellschaft ist. Wir wollen Verantwortung übernehmen und ein breites Netzwerk in allen Schichten und Sparten unserer Gesellschaft knüpfen. Wir stellen uns der Verantwortung, als politische Akteure Vermittler und Motor in der Präventions- und Interventionsarbeit zu sein.**

**Wir setzen auch auf gemeinsame Veranstaltungsformate, die denjenigen zur Verfügung stehen sollen, die in direktem Kontakt zu gefährdeten jungen Menschen stehen: Damit meinen wir Eltern ebenso wie etwa Lehrkräfte oder etwa Verantwortliche in der Jugendarbeit. Wir werden in den kommenden Monaten mit den Akteuren Veranstaltungsformen anbieten, mit denen wir auf diese Zielgruppen zugehen werden.**